

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Selbstabnahme von der Druckerei 1 Pf. monatlich 3 Pf. vierteljährlich 10 Pf. halbjährlich 18 Pf. jährlich 32 Pf. / Bei den bestellten Postämtern monatlich 1 Pf. vierteljährlich 3 Pf. halbjährlich 5 Pf. jährlich 9 Pf. / Die Postämter haben die Aufgabe, die Zeitungen an die Abonnenten zu liefern. / Die Zeitungen werden auch an die Abonnenten geliefert, die in den Postämtern bestellt haben. / Die Zeitungen werden auch an die Abonnenten geliefert, die in den Postämtern bestellt haben. / Die Zeitungen werden auch an die Abonnenten geliefert, die in den Postämtern bestellt haben.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
sowie für das Forst-

Verlagsort: Amt Wilsdruff Nr. 8.

Nr. 167

Mittwoch den 23. Juli 1919

78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung über die weitere Sicherstellung des Betriebes der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke.

Durch die am 30. Juli d. J. erfolgte Auflösung der Kriegsamtsstellen Dresden und Leipzig sind die ihnen bisher unterstellten Abteilungen für Elektrizität, Gas und Wasser, deren Weiterführung zum Nutzen einer geregelten Versorgungszuteilung und zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit dieser Werke so lange geboten ist, als die Zwangsverwirtschaftung der Kohle aufrechterhalten werden muß, mit dem am 1. Juli d. J. gebildeten und dem Arbeitsministerium unterstellten Landeskohlenamt vom gleichen Tage an verbunden worden.

1. Regelung der weiteren Sicherstellung.

Die vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteilung Elektrizität, Gas und Wasser, in Berlin erlassenen Bestimmungen bleiben auch nach der Auflösung der Kriegsamtsstellen Dresden und Leipzig weiterhin bestehen. Die von den Kriegsamtsstellen ernannten Vertrauensmänner für die einzelnen Versorgungsgebiete und die von ihnen im Einvernehmen mit den Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörden bestimmten Dienststellen und Beamten als Träger für die Aufgaben des Vertrauensmannes sind auch im gleichen Umfange wie bisher zuständig. Sie wirken im Einvernehmen mit dem Landeskohlenamt und den Kommunalbehörden bei der Durchführung der durch die Bekanntmachungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung erlassenen Bestimmungen über die Einschränkung des Verbrauchs der elektrischen Arbeit und die Sicherstellung des Betriebes der Gasanstalten und der Wasserwerke und üben nach wie vor die ihnen durch diese Bekanntmachungen oder die Ortsvorschriften übertragenen Rechte und Pflichten aus.

2. Durchführung der Bestimmungen.

Das Landeskohlenamt als Landesstelle ist künftig in allen Angelegenheiten für Elektrizität, Gas- und Wasser-Zwangswirtschaftung im Freistaat Sachsen zuständig, für die eine besondere Abteilung gebildet ist.

Die Geschäftsräume dieser Abteilung befinden sich ebenfalls im Landeskohlenamt Dresden-N., Sedanstr. 9, Fernsprecher: 19029, 17117.

Die Geschäftszeit ist von 8-3 Uhr täglich und der Leiter des Landeskohlenamtes sowie der Referent der vorgenannten Abteilung ist im allgemeinen täglich von 10-12 Uhr zu sprechen. Wegen Verhinderung in der Einhaltung der Sprechstunden durch zeitweise dienstliche Abwesenheit ist jedoch eine vorherige Vereinbarung über den Zeitpunkt des Besuches zu empfehlen.

3. Uebergang der Geschäfte auf das Landeskohlenamt.

Das bisher bei der Kriegsamtsstelle Dresden befindliche Referat ist bereits im Landeskohlenamt untergebracht, so daß alle Zuschriften an das Arbeitsministerium, Landeskohlenamt, Abt. Elektrizität, Gas und Wasser, zu richten sind.

Das entsprechende Referat S der Kriegsamtsstelle Leipzig bleibt dagegen noch bis 31. Juli d. J. in Leipzig bestehen und die Zuschriften sind nach Leipzig-Gohlis, Kaiserstr. 107, Fernsprecher 1496, zu richten. Am 1. August d. J. scheidet dann dieses Referat auch in das Landeskohlenamt über.

Beide Referate bilden hierauf die unter 2 erwähnte Abteilung.

Dresden, am 19. Juli 1919.

116 E

Arbeitsministerium.

Abänderung von Ziffer 8 der Verordnung über Bekämpfung der Bisamratte.

(Sächsische Staatszeitung Nr. 72 vom 27. März 1918.)

Diese Bestimmung lautet künftig wie folgt:

8. Es wird geboten, erlegte Bisamratten gegen Rückgabe des Balges und Rückführung der Verpackungs- und Beförderungskosten, sowie gegen eine Sondervergütung von 3 Mk. für das Stück von jetzt ab an die Direktion des Zoologischen Gartens in Dresden einzufenden. Lebende Bisamratten sind nicht zu versenden, sondern unter

Verzögerung der Kriegsgefangenen-Heimkehr

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Durch die Schuld der Entente verzögert sich die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen.

* Das Verbot von Zahlungen nach dem feindlichen Ausland bleibt vorläufig noch bestehen.

* Den Österreichern ist eine zehntägige Frist für schriftliche Bemerkungen zum Friedensvertrag gestellt worden.

* Die Reichsregierung hat den Plan eines Jüdenholomonopols wieder fallen lassen.

Die Geißel.

Die Unabhängigen hatten sicher wieder einmal ein Fest erwartet. Für 24 Stunden sollten auf ihr Geheiß alle Räder stillstehen, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt — wie sie vollstehend, wie immer, seit Tagen verstanden. Aber in dem Raum, den sie vollführten,

phantasierten ihnen das kleine Weltgeschick, gar nicht zu merken, wie die Genossen in England immer weiter von ihnen abrückten und wie die Genossen in Frankreich nicht aufhörten mit ihrer imperialistischen Regierung zu händeln, bis sie sich schließlich dem Machtwort Clemenceaus, der hart und schroff erklärte, daß er politische Streitigkeiten unter keinen Umständen dulden werde, gehorsam unterwarfen. Nur in Italien brodelte es noch wie vor, und hier scheint die Regierung ernstlich um den Fortbestand der Monarchie besorgt zu sein. Indessen hat das mit Sozialismus und insbesondere mit unabhängigem Sozialismus wohl ungleich weniger zu tun als mit den augenblicklichen Notständen, unter denen sich das Land infolge der Nachwirkungen des Weltkrieges wie in schweren Nöten befindet. Jedenfalls, von einer gemeinschaftlichen Aktion des internationalen Sozialismus schwärmen wieder einmal nur die Deutschen, die immer des Glaubens sind, was sie bewegen und erfüllen, dessen seien auch die Sorgen aller anderen Völker voll. Wir haben eben immer noch nicht

verlernt zu träumen, so grausam uns das Schicksal auch die Neigung dazu auszutreiben versucht hat.

Im übrigen ist es den Unabhängigen auch diesmal im wesentlichen wohl nur darauf angekommen, ihre Anhänger wieder einmal im Feuer ergraben zu lassen. Ob man um Riefenstahl und Rosa Luxemburg, um Levine oder des Gewaltfriedens willen zu Demonstrationen und Arbeitsausfällen aufruft, immer handelt es sich um Mittel zu dem einen Zweck, dem Kampf gegen die Regierung, gegen die herrschenden Parteien und Klassen, gegen die immer noch bürgerliche, auf Arbeit und Pflichterfüllung gegründete Ordnung neue Nahrung zuzuführen. Daß das Proletariat in den Untertanenländern bei den Vorbereitungen für ihre geplanten revolutionären Veranstaltungen des 21. Juli an die Vergewaltigung Deutschlands zu allererst gedacht haben, das ist den Unabhängigen und Kommunisten gewiß nicht verborgen geblieben. Weil sie eine gemeinsame Front mit ihnen erblicken wollten, konstruierten sie eine Gleichheit der Ziele, die in Wahrheit

gar nicht vorhanden war, und nun, da im letzten Augenblick dieses Aufgebotes plötzlich zusammenbrach, wußten sie sich nicht anders zu helfen, als den wahren Tatbestand vor ihren Anhängern ängstlich zu verheimlichen. So ist es ihnen gelungen, wieder einmal die Streifpatrolle über Deutschland zu schwingen. Sie werden ihr freudvolles Spiel in gemessenen Abständen immer wieder zu erneuern wissen. Nur den Gegner nicht zur Ruhe kommen lassen, ist für sie oberstes Gesetz, gleichviel wie sehr auch ihre Anhänger durch diese Taktik geschädigt werden. Der gefährliche Geist soll nicht erlahmen, im Gegenteil, er muß immer wieder zu neuen Anläufen gegen die Allgemeinheit des Staates aufgepeitscht werden, bis dessen Kernwerk, Beamtentum und Ordnungsmacht zur Übergabe gezwungen werden können. Daß auf diesem Wege schon erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, kann wohl ein Blinder übersehen. Die Gefahr wächst, je öfter die Festung auf diese Weise berannt wird. Das wissen die Aufrechter nur zu gut und deshalb sind sie sehr entschlossen, in ihrem Verhalten um keinen Preis nachzulassen. Auch wenn sie immer nur das gleiche Maß von Energie aufzuwenden haben, auf der Gegenseite schwächt der Widerstand sich naturgemäß von Fall zu Fall ab, und das Ende bleibt, wenn nicht ein Wunder geschieht, die Kapitulation.

Weder Regierung noch Nationalversammlung sind bisher imstande zu helfen. Nur wenn das Volk im ganzen sich zu unbegrenzter Abwehr aufraffen würde, könnte noch das Schlimmste von uns abgewendet werden. Nur wenn — doch es sieht leider nicht so aus, als wenn das bis ins Innerste ermüdete Volk noch die Kraft besäße, die zu dieser rettenden Tat erforderlich ist.

Teilschicks und Demonstrationen in Berlin.

Die Streifpatrolle der Unabhängigen hat nur teilweisen Erfolg in der Reichshauptstadt gehabt. Die Eisenbahnen verkehrten Montag ohne Ausnahme, Ring-, Vorort- und Stammesbahn fuhrten pünktlich. Ebenso konnte bei der Allgemeinen Omnibusgesellschaft sowohl der Biederwie Automobilbetrieb aufrechterhalten bleiben. Eine Anzahl industrieller Betriebe lagen still, die Lieferung von Elektrizität war eingestellt. In den Gaswerken wurde ebenfalls nicht gearbeitet, aber die Gasversorgung war infolge genügenden Vorrats nicht unterbrochen. Die Wasserversorgung erfuhr keine Störung.

Einigemal versuchten Demonstrationen in die innere Stadt vorzudringen, mehrmals war das absperrende Militär genötigt, Schreckschüsse abzugeben, jedoch kam es bis zum Nachmittag zu keinen erheblichen Zusammenstößen. Streikende griffen auch wiederholt sogenannte wilde Fuhrwerke an, die an Stelle der gänzlich ruhenden Straßenbahn zur Verkehrsverwilderung einzuspringen pflegten, jedoch kam es zu keinen größeren Unzutunlichkeiten.

Aus dem Reich

Laute die Nachrichten verschieden. In Düsseldorf ruhte die Arbeit fast vollständig, ebenso in Halle, wo keine Straßenbahnen fuhrten und keine Zeitungen erschienen. Leipzig zeigte das Bild eines üblichen Arbeitstages, Straßenbahn- und Geschäftsverkehr wickelte sich regelmäßig ab. Ebenso lagen die Dinge in Stettin, Dresden, während in Hamburg ein Teil der Arbeiterschaft ausständig wurde, während an anderen Stellen die Arbeit weiter ging. An mehreren Orten wurden nach Beendigung der Tagesarbeit Massenversammlungen als Protest gegen den Gewaltfrieden abgehalten.

Der Friedensvertrag für Österreich.

Zahlen bis zum Weißbluten.

Die Überreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation erfolgte ohne jede Formlichkeit durch Dutasta, den Sekretär der Friedenskonferenz. In einem gleichzeitig übergebenen Brief Clemenceaus werden den Österreichern zehn Tage Frist gelassen zur Unterbreitung schriftlicher Bemerkungen.

Österreich darf eine Armee von 80.000 Mann freiwilliger Unterhalten und muß sich wie Deutschland grundsätzlich für alle aus dem Krieg entstandenen Verluste und Schäden verantwortlich erklären. Die Wiedergutmachungskommission setzt unter fast gleichen Bedingungen wie für Deutschland die bis zum 1. Mai 1921 an zahlende Ent-

schädigungssumme fest; die Kommission setzt eine Unterkommision ein, die sich mit den österreichischen Angelegenheiten beschäftigt. Die französische Presse kann selbst nicht umhin zu betonen, daß die finanziellen Anforderungen an Österreich zu groß seien, daß Österreich sie nicht werde erfüllen können.

Die Verschärfung deutscher Länder.

In den Grenzbestimmungen bleiben die Bestimmungen des früheren Entwurfes bezüglich der Grenzen Tirols ohne jede Veränderung aufrecht, so daß also Südtirol bis zum Brenner italienisch werden soll. In Kärnten wird eine Abstimmungszone geschaffen, die im wesentlichen das ganze Klagenfurter Becken umfaßt. Dieses Gebiet wird in zwei Teile geteilt. Für jeden Teil wird eine Abstimmungskommission gebildet, der außer Vertretern der Großmächte im südlichen ein Südlawe, im nördlichen ein Deutsch-Österreicher angehören. Zunächst wird innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Vertrages im südlichen Teil abgestimmt. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutsch-Österreichs aus, so fällt auch der nördliche Teil ohne weiteres und ohne besondere Abstimmung an Deutsch-Österreich. Entschieden sich das südliche Gebiet für Südlawen, so wird drei Wochen später im Nordgebiet die Abstimmung vollzogen. In Steiermark wurde den Einwendungen der deutsch-österreichischen Delegation nicht Rechnung getragen. Hier sind die Grenzen unverändert geblieben. Deutsch-Westungarn wird zum großen Teil Deutsch-Österreich zugesprochen, so daß Oberburg und der Neusiedler See an Deutsch-Österreich kommen. Die Grenzen gegen die Tschecho-Slowakei sind infolgedessen geändert, als die Grenze nicht am rechten Marchufer, sondern mitten im Fluße verläuft, so daß Deutsch-Österreich die Schifffahrt ermdacht wird.

Verzögerung der Gefangenen-Heimkehr.

Die Schuld der Entente.

Berlin, 21. Juli. (Amtlich.)

Verschiedene Zeitungsmeldungen der letzten Zeit sind geeignet, in der Öffentlichkeit irrthümliche Ansichten über die angeblich schon in kürzester Zeit zu erwartende Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus den feindlichen Ländern zu erwecken.

Leider ist diese Hoffnung auf eine baldige Erlösung unserer schwergeprüften Landsleute nicht berechtigt. Es wird noch längere Zeit dauern, ehe wir die lange Ersehnten wiedersehen. Der Grund hierfür liegt auf selten unserer Gegner.

Im Artikel 214 der Friedensbedingungen heißt es, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen sobald als möglich und mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden soll. In dem darauffolgenden Artikel 215 wird gelagt, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten durch eine Kommission zu sichern sei, die aus Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte einerseits und aus solchen der deutschen Regierung andererseits bestehen soll. Der deutsche Vertreter für diese Kommission wartet nun schon seit Wochen vergeblich in Versailles auf die Ernennung und das Erscheinen der gegnerischen Mitglieder. Ebe diese Kommission nicht ihre Arbeit, die immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, aufgenommen hat, ist an eine Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten nicht zu denken. Der deutschen Regierung stehen keine Machtmittel zur Verfügung, um eine Beschleunigung dieser für die Zurückführung unserer Landsleute unbedingt notwendigen Kommissionsberatungen zu erzwingen. Sie kann nur immer aufs neue die feindlichen Regierungen nachdrücklich bitten, mit der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen Ernst zu machen, und endlich wenigstens ihrerseits die Mitglieder für die Kommission zu ernennen, und sie in Tätigkeit zu setzen. Ebe dies nicht erreicht ist, wollen wir nicht Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende Heimkehr bei den Angehörigen erwecken, denen schon bald die bittere Enttäuschung folgen muß.

Kommunistischer Terror.

Die wahren Zustände im Krankenhaus Beddel.

Hamburg, 21. Juli.

Die schweren Vorwürfe, die die linksradikale Presse gegen die Durchführung des Krankenhauses Beddel erhebt, veranlaßt das Poros Leitwort, einige Mitteilungen über

die wahren Zustände in den Hamburger Lazaretten zu machen. Danach läßt eine Rinderheit von spartakistischen Elementen dort einen brutalen Terror auf alle Insassen aus. Als schwer verletzte Bahnenfelder mit Band- und Rückenwunden in die Hamburger Lazarette eingeliefert wurden, prügelten die Insassen rücksichtslos auf die schwer Verletzten ein, beschimpften sie aufs gemeinste und rissen ihnen die Kostarden ab. Rufe: „Hier kommt kein Rostegardist lebendig wieder heraus!“ wurden laut. Auch das Personal war bereits zum Teil von dieser Stimmung angesteckt. Die Durchführung des Marine-Lazaretts Beddel war überdies durch den Verdacht veranlaßt, daß ein Teil der Insassen an den Rathhausunruhen beteiligt war. Mit Bestimmtheit sind sieben Personen wiedererkannt, die an den Unruhen und Unruhen jener Tage teilgenommen haben. Um allen weiteren Exzessen und böswilligen Ausdeutungen von sogenannten „Übergriffen“ den Boden zu entziehen, sind die durch die Zeitungen bekannt gewordenen Fälle sofort kriegsgerichtlich untersucht und die Zeugen vernommen worden.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Berlin, 21. Juli.

Seit drei Tagen sind hier die Vertreter der Deutsch-Demokraten zu ihrem ersten Parteitag versammelt. Die Verhandlungen leitet der zum Präsidenten gewählte Oberbürgermeister Koch-Kassel. Namens der vorläufigen Parteileitung erstattet der Abg. Eberhard Rucke den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß die Partei, ohne die besetzten Gebiete, 788.000 ordentliche Mitglieder hat.

Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung, der dem Abg. Dr. Peterlen-Hamburg übergeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Demokraten wohl demnächst wieder an der Regierung teilnehmen würden. Zentrum und Sozialdemokraten hätten es der Partei schon an verstanden gegeben, daß es ohne Demokraten nicht gehen würde. Sobald ihre Forderungen erfüllt würden, werde die Partei wieder in das Reichskabinett eintreten. Am Schluß seiner Rede, in der er sich fast gegen die „Sozialdemokratische“ wandte, erklärte Abg. Peterlen: Mit der Sozialdemokratie sind wir bereit zusammenzugehen, von den Unabhängigen aber trennt uns eine Welt.

Den Höhepunkt erreichte die Tagung am gestrigen Vormittag: da hielt zunächst Graf Bernstorff eine großangelegte Rede über auswärtige Politik. Er betont, daß wir die Friedensbedingungen nach bestem Können und Gewissen halten, andererseits aber eine Revision des Vertrages verlangen müssen. „Die Revision ist, wie ich aus zuverlässiger Quelle erlaube, von unseren Gegnern bereits angefragt.“ Hauptanlaß unserer Außenpolitik müsse sein, den Eintritt in den Völkerverbund zu betreiben. Von diesem fordern wir, daß wir, nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, unsere verlorenen Länder zurückgewinnen und uns mit unseren Brüdern in Deutsch-Österreich vereinigen dürfen. Ferner wollen wir die Wiederherstellung der völkerrätlichen Beziehungen mit den Neutralen und unseren bisherigen Gegnern betreiben, nicht zuletzt mit Rußland und Ungarn, müssen aber verlangen, daß sich diese beiden Länder nicht in unsere inneren Verhältnisse mischen.

In der Aussprache beschäftigten sich die Redner hauptsächlich mit der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Im Namen der Versammlung der Unterzeichner sprach Abg. v. Richthofen: Wenn der Friede nicht unterzeichnet worden wäre, gäbe es für uns keine auswärtige Politik, weil es kein Deutschland mehr gäbe. Ihm erwiderte Abg. D. Friedr. Raumann unter dem stürmischen Beifall der Versammlung: Unzweifelhaft haben diejenigen recht, die bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf dasjenige hingewiesen haben, was sie dadurch verhindert haben. Aber man müsse einige Monate weiter denken. Dann werden sich die Folgen des Friedens zeigen. Wenn wir dann unsere militärischen und politischen Forderungen ausliefern müssen und wenn dann unser Handel dauernd daniederliegen wird, dann werden Arbeiter und Unternehmer noch nach Jahrzehnten fragen: Wer waren eigentlich diejenigen, die diesen Frieden unterzeichnet haben? Wenn man dann darauf hinweist, daß wir hätten in der Regierung bleiben können, so sei dem entgegengehalten, daß auch Scheidemann und Landsberg die Konsequenzen gezogen hätten. Eine Partei darf nicht regieren um des Regierens willen, sonst wäre sie gesinnungslos. Der Vorsitzende legt darauf dem Parteitag eine Entschließung vor, in welcher der Fraktion bezeugt wird, daß sie in der Friedensfrage nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe. Diese Entschließung wird einstimmig angenommen.

Aus In- und Ausland.

Amsterdam. Laut Vreesbureau Radio sind in Amerika 38.000 Tonnen Schiffsraum für den Handel mit Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden Baumwolle fahren. Die Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfang August ab.

Das Mädchen von Athen.

Roman von William Glad.

Genehmigte Uebersetzung aus dem Englischen.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Grobhütlich ist das so, wenn ein junger Mann so sehr besorgt ist, daß Blumen auf dem Frühstückstisch stehen.“

„Nun denn, Tante Joan, ich will es dir ganz ehrlich sagen: sie ist geradezu das schönste Geschöpf. Du weißt, ich schäme mich nicht leicht für Frauen; aber wenn du diese erst gesehen hast, wirst du einfach weg sein.“

„Ich werde nicht weg sein,“ versetzte Tante Joan schelmisch.

„Sie ist eine Griechin,“ fuhr er fort — es schien ihm großes Vergnügen zu machen, von der schönen Fremden zu sprechen — „und sie gleicht einer griechischen Göttin — aber es ist durchaus kein strenger Typus, ganz und gar nicht. Ich kann nur nicht verstehen, warum sie nicht schon verheiratet ist.“

„Vielleicht will sie sich nicht verheiraten.“ Und mit einem herausfordernden Lächeln fuhr Fräulein Joan fort: „Warum auch? Es ist oft sehr viel angenehmer, sein Leben ohne eine schlechtere Hälfte hinzubringen.“

Damit ging sie eilig fort, denn die Tischglocke schellte schon, und die alte Dame war in bezug auf die Mahlzeiten stets sehr pünktlich.

2. Kapitel.

Am nächsten Morgen war der alte John Elliot gar nicht gut gelaunt. Er war über alles ärgerlich und voll unterdrückter Aufregung.

„Ich bin nicht mehr daran gewöhnt, unter Fremde zu gehen, Bräutigam. Ich frage nichts darnach; es ist mir unangenehm.“

„Aber Onkel, hörst du nicht, wie Sir Francis sagte, daß kein Mensch im Schloße sei, niemand, außer seiner Tante?“

„Es ist auch viel zu weit, um zu gehen; einen so langen und staubigen Weg,“ fuhr er klagend fort. „Und selbst wenn sie im Gasthaus einen Wagen haben sollten, hat man die Kosten davon — wozu?“

Das Dienstmädchen, welches das Frühstück auftrug, hatte etwas von dieser Unterhaltung mit angehört und mischte sich mit der Vertraulichkeit der schottischen Diensthöflichkeit ein.

„Entschuldigen Sie, aber es sind Wagen und Pferde von Grantham gekommen; sie stehen im Stall, und der Kutscher sagt, Sie Francis hätte ihm befohlen, sich ganz nach Ihren Wünschen zu richten.“

„Na, gut, dann müssen wir natürlich gehen,“ sagte der alte Botaniker, wenn auch mit stichtem Widerstreben. „Bis zum Nachmittag, denke ich, werden auch wohl kaum noch Briefe kommen können.“

„Onkel,“ antwortete sie ihm in schmeichelndem Ton, „du mußt den Leuten auch ein klein wenig Zeit lassen. Du kannst ja von den botanischen Gesellschaften kaum eine Antwort vor ihrer nächsten Sitzung zu erwarten haben.“

„Aber die Telegramme an meine persönlichen Freunde!“

„Nun, sie freuen sich sicherlich sehr über deine Entdeckung, und wenn sie erst Zeit haben, wirst du auch gewiß Nachricht von ihnen bekommen; aber so lange mußt du dir einen oder zwei Tage Ruhe gönnen; dann wollen wir uns wieder an die Arbeit machen.“

Es war schwer, ihr zu widerstehen. So fuhr denn gegen elf Uhr der Wagen vor, und Onkel und Nichte nahmen ihre Plätze ein. Und nun folgte eine entzückende Fahrt, das Deutal entlang, dessen Windungen sie durch kleine Bächen, Birken- und Fichtenwäldchen führten und ihnen hier und da einen Blick auf den schimmernden Strom gewährten. Dann fuhrten sie durch ein Tor, und der Wagen rollte sanft den breiten, ebenen Fahrweg hinunter, bis Bräutigam plötzlich den Arm ihres Onkels erfaßte, der in Gedanken versunken dastand.

„Sieh, Onkel, sieh, wie herrlich. Wie entzückend!“

Das große, stolze Besitztum bot in der Tat einen höchst malerischen Anblick. Der gewaltige Bau ragte im Verhältnis zu seiner geringen Grundfläche hoch in die Lüfte empor; die kleinen Fenster lagen tief im Gemäuer zurück, die spitzen zulaufenden Dächer der vier- und hohen Türme erinnerten an französische Grotten, und hoch oben, sich schwarz vom blauen Himmel abhebend, thronte ein Wetterhahn, der sich weiß auf einem winzigen aufstehenden Ball lustig drehte.

Das ganze Gebäude machte einen festen und ersten Eindruck, während die Umgebung mehr modern und anmutig war; die sauber gehaltenen Terrassen, die samtweigen Rasen, die lange Reihe von Gewächshäusern, die strahlende Farbenpracht der Blumenbeete und Anlagen, die gepflegten Waldungen, die sich zum Fluß hinunterzogen.

Und da kam schon der junge Besitzer entblößter Haut die Stufen herunter, um seine Gäste zu bewillkommen; droben, neben der Eingangshalle, stand Miss Joan Gordon, deren scharfsichtige Augen auf den Besuchern ruhten. Der Empfang war sehr lebenswürdig — für schottische Sitten fast etwas zu sehr, denn wer hatte zu dieser Tageszeit Lust zu Kuchen, Wein und Früchten? Und wer bedurfte nach einer so erquickenden Fahrt der Ruhe? Bräutigam jögerte denn auch so lange draußen, ganz im Anblick all der Schönheit um sie her versunken, daß Frank Gordon schließlich die Form seiner Einladung notgedrungen ändern mußte.

„Vielleicht würde es Ihnen Vergnügen machen, ein wenig umherzugehen und sich die Gewächshäuser anschauen?“

„O ja, nicht wahr, Onkel,“ antwortete sie schnell. „Was für wundervolle Gartenanlagen! So etwas habe ich nicht wieder gesehen, seit wir in Drummond Castle waren.“ Wenn der junge Adelige irgendwie auf sein väterliches Erbe stolz war, so konnte ihm diese Anerkennung schon gefallen.

So machten sich denn die vier zusammen auf und schlenderten umher; und während der alte Botaniker Miss Joan den Ursprung dieser oder jener Pflanze auseinanderlegte, richtete Frank Gordon in bescheidenen Weise Fragen an seine junge Begleiterin über sie selbst, wie weit sie Schottland schon kennen gelernt habe, über ihre Interessen und Beschäftigungen, während er ihr nebenher von seiner Tätigkeit und seinen Plänen erzählte. Bräutigam ging bereitwillig auf seine Unterhaltung ein; sie sagte nicht viel, aber ihre Augen schauten freundlich aus, und sie mochte sprechen oder schweigen, stets schien sie die Schönheit ihrer Umgebung mit einem halb unbewußten Entzücken einzusaugen.

Dann, als sie sich gerade zufällig auf der oberen Terrasse befanden, sah Gordon seine Uhr heraus.

Rah und Fern.

o Deutscher Turnerbund. Der Mitteldeutsche Turngau im Deutschen Turnerbund hat für den 31. August 1919 eine Tagung aller reichsdeutschen Turnverbände nach Leipzig einberufen. Zweck der Tagung ist ein engerer Zusammenhalt der reichsdeutschen Verbände, die Schaffung einer Leitung derselben, sowie die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsplanes.

o Deutsch-amerikanischer Post- und Paketverkehr. Das Postdepartement in Washington teilte mit, daß der internationale Paketpostdienst mit Deutschland wieder aufgenommen wurde. Es werden Pakete bis zu 11 Pfund angenommen werden. Aus Chicago wird gemeldet, daß die deutsche Bevölkerung dieser Stadt in den ersten 24 Stunden nach Wiederaufnahme des Briefpostverkehrs mit den Mittelstaaten 10 000 Briefe abgeschickt habe. In kurzer Zeit wird eine regelmäßige amerikanische Dampferlinie New York—Danzig ins Leben treten.

o 110 Mark Tagelohn bei freier Wohnung und Verpflegung. Von wohnungslosen Lohnforderungen hat man in letzter Zeit ja oft genug gehört. Der Vogel dürfte jedoch in einer Verammlung der Leipziger Arbeiter, die sich mit der Annahme von Arbeit beim Wiederaufbau des belgischen Gebietes befaßt, abgeschossen worden sein. Es wurde nämlich in belagter Verammlung eine Entschädigung eingebracht, nach der man neben freier Wohnung und Verpflegung einen Tagelohn von 110 Mark (!) fordern sollte. Diese hübsche Entlohnung von 88 000 Mark jährlich läßt allerdings selbst dem größten Teil der Arbeiter einen bißchen hoch vorzukommen, und man einigte sich schließlich auf 26 Mark täglich, was bei vollkommen freier Unterkunft und Verpflegung ja auch noch ein ganz nettes Einkommen ist.

o Gold oder Zement? Bei der Hamburger Postzeitung war ein Telegramm aus Selsingfors eingelaufen, worin auf ein angeblich mit Zement beladenes Schiff aufmerksam gemacht wurde, das 40 Millionen Mark Gold an Bord gehabt, um dies nach Selsingfors zu bringen. Der Dampfer war bereits durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Kiel abgegangen. Er ist dort angehalten worden und wird für das Gold entloht, um genau durchsucht zu werden.

Welt und Volkswirtschaft.

* Der Preissturz für Weizen ist jetzt dauernd fort. Man kauft heute in Berlin baumwollene Waschküchen, die vor etwa sechs Wochen mit 24 Mark das Meter kosteten, für 12 Mark das Meter. Gemästete baumwollene Blusenstoffe werden für 8 Mark das Meter verkauft, während sie noch bis vor kurzer Zeit 24 bis 30 Mark das Meter kosteten. Einfache Hemdblusen sind schon von 12,50 Mark an zu haben, gestickte Blusen für 28 bis 30 Mark, während sie noch vor wenigen Wochen 100 Mark und darüber kosteten. Farbige Leinwandstoffe für Kleider und Kostüme werden für 17,50 Mark angeboten, während sie vor einigen Wochen überhaupt nicht zu haben waren oder, wenn sie aufzutreiben waren, nur zu Preisen, die mehr als das Doppelte des jetzigen Preises betrugen.

* Das Scheitern des Bündnismonopols. Das geplante Bündnismonopol stößt auf so große Schwierigkeiten, daß die Verwirklichung des Gedankens schon jetzt als aussichtslos erscheint. Es haben Beteiligungen der Sachverständigen stattgefunden, aus denen hervorgeht, daß die Kosten der Durchführung des Monopols so groß sind, daß eine Rentabilität nicht zu erwarten steht. Zur Übernahme der Bündnisindustrie würden 150 Millionen notwendig sein. Um den Betrieb rentabel zu machen, wäre eine Zentralisation der Industrie notwendig, deren Kosten bei der heutigen Leitung der Baumaterialien eine enorme Höhe erreichen würden. Auch würde die Umstellung der Arbeiterkosten und Schwierigkeiten verursacht. Die Regierung wird deshalb dem Gedanken des Bündnismonopols nicht näher treten.

Legte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Lenins Friedensvorschlag an Rumänien.

Bukarest, 22. Juli. (tu.) Das rumänische Pressebüro meldet: In Kischinow ist eine russische bolschewistische Abordnung eingetroffen, die dem Kommandanten der rumänischen Divisionen in der Ukraine Lenins Friedensvorschlag anbot. Danach überläßt Lenin Rumänien ganz Bessarabien und knüpft daran lediglich die Bedingung, daß Rumänien sich verpflichtet, die Einreise der ukrainischen Staatsangehörigen und der Anhänger Kojakows zu verbieten. In Anbetracht des Vorschlages Lenins wurde an der beabsichtigten Front ein achtstägiger Waffenstillstand abgeschlossen. Die bolschewistische Friedensdeklaration ist heute in das rumänische Hauptquartier abgereist.

Preußens Entgegenkommen bei den Selbständigkeitsbestrebungen.

Berlin, 22. Juli. (tu.) In der oberhessischen Frage verlangt gegenüber Ablesungen in der Presse von zünftiger Stelle: Die preussische Staatsregierung beschließt, den preussischen Provinzen weitgehend Autonomie zu gewähren und hat, wie schon in den Blättern gemeldet wird, einen Gesetzentwurf in diesem Sinne ausgearbeitet. Falls Oberhessen für Deutschland stimmen sollte, wird eine Provinz Oberhessen errichtet werden. Damit würde den Selbständigkeitsbestrebungen weitreichend Entgegenkommen bewiesen, sodaß auch diejenigen, deren Bestreben dahin geht, aus Oberhessen einen selbständigen Freistaat zu machen, durch die Lösung der Frage befriedigt sein könnten.

Ablösung des bayerischen Standrechts durch Volksgerichte.

München, 22. Juli. (tu.) Am 1. August wird das am 23. April gefällte Standrecht und die damit verknüpften Standgerichte aufgehoben. An ihre Stelle treten die durch das Gesetz neu organisierten Volksgerichte.

Lärmjahren in den Berliner Volksversammlungen.

Berlin, 22. Juli. (tu.) Der Bezirksvorstand der Berliner Sozialdemokraten hatte zu gestern Abend 9 große Volksversammlungen in den bedeutendsten Sälen Groß-Berlins einberufen. Es kam überall zu furchtbarem Lärm, der vollständig die Tätigkeiten zwischen den Parteien ausartete. Im Gewerkschaftshaus kam es zu einem blutigen Tumult, bei dem mehrere Schüsse abgegeben und mehrere Personen verletzt wurden, darunter der Redner Redakteur Kuttner vom „Vorwärts“.

Die französische Regierung besteht auf Zahlung der Buße durch Berlin.

Genf, 22. Juli. (tu.) Eine Havas-Depesche meldet: Die französische Regierung hat beschlossen, auf Zahlung der geforderten Buße für die Tötung des französischen Sergeanten Mannheimer in Berlin seitens Deutschland zu bestehen. Eine neue Note an Deutschland wird die nochmalige Aufforderung unter Stellung einer angemessenen Frist aussprechen. Die Havasmeldung fügt hinzu, daß die zur Ratifizierung des Friedensvertrages des französischen Parlaments der Kriegszustand mit Deutschland noch besteht.

Haag, 22. Juli. (tu.) Aus London wird gemeldet: Marshall Foch ist sofort von London nach Paris abgereist, als er hörte, daß Berlin die Zahlung von 1 Million Franken Buße für die Tötung Mannheimers verweigert hat. Er soll sich mit den anderen Entente-Führern in Paris beraten, welche Schritte zu ergreifen sind.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, 22. Juli 1919.

o Kaffeeverbot. Wie verlautet, steht eine durch den Mangel notwendiger Nahrungsmittel und durch unsere finanzielle Lage bedingte Einfuhrbeschränkung für Kaffee, Tee, Schokolade und andere Luxusgegenstände in Aussicht. Ein solches Kaffeeverbot ist, wie alles in der Welt, schon einmal dagewesen. Am 4. Januar 1788 erließ der damalige Bischof von Hildesheim eine Verordnung, die also lautete: „Nachdem die bisherige Erfahrung lehrt, mehr als zu viel ergeben, was malen unter denen Ursachen, welche zum Grunde des allgemeinen Geldmangels, der schlechten Seiten und der Armuth unter denen Leuten angesehen zu werden pflegen, eine der wichtigsten hauptsächlich diese ist: daß der Gebrauch des Kaffees, wenn ehro allgemein und übermäßig eingerissen, und dadurch nicht allein die Bürger und Landleute von ihrer Nahrung und fleißigen Verrichtung ihres Gewerbes zurückgehalten werden, sondern auch jährlich eine ungeheure Summe Geldes dadurch außer Landes geschleppt, mithin das Land alle Jahr so viel ärmer wird: So haben Wir diesem so sehr schädlichen und landverderblichen Übel nicht nachsehen können, sondern der Nothdurft zu sein erachtet, nachstehende Verordnung darüber zu erlassen: Alle von ihrer Handarbeit sich nährenden Bürger, Handwerksgehilfen, Bauernleute, alles Gefinde, männlich und weiblich, sollen sich bei sechs Gulden für einen jeden Übertretungsfall zu auflösender Strafe hierfür des Kaffees gänzlich enthalten. Des von ihnen in Gebrauch genommenen Kaffeegehirns haben sie sich binnen drei Monaten zu entledigen, widrigenfalls es konfiskiert wird. Der Schleichhandel mit Kaffee treibt, hat 20 Thaler Strafe zu zahlen. Wer diese innerhalb dreier Tage nicht entrichtet, so soll er zwei Tage an den Pranger geschlossen werden. Gostwirthe dürfen nur an Reisende Kaffee verabreichen, sie selbst aber keinen Kaffee trinken.“

— Die Aussichten für unsere Fleischversorgung scheinen einer Besserung entgegenzugehen. Aus Dresden wird uns dazu von zuverlässiger Seite geschrieben: Die fleischer Deutschlands haben mit 40 Millionen Mark eine Einkaufsgesellschaft gegründet, die Deutschland mit Fleisch und Fleischwaren versorgen soll. Wenn sich die Regierung endlich entschließen wird, der unternehmenden Privatthätigkeit freien Spielraum zu gewähren, dürfte unsere Fleischversorgung völlig gesichert sein, denn dem Kaufmann gibt das Ausland gern den Kredit, den man dem Deutschen Reiche begreiflicherweise verweigert.

— Normalpreise für die Verpackung von Kapseln, Bienen- und Pflanzennestungen. Vom Wirtschaftsministerium (Landeslebensmittellamt) werden für Verpackungen die folgenden Normalpreise pro Zentner festgesetzt: für Tafeläpfel 40 Mark, für Tafelbirnen 35 Mark, für Wirtschaftäpfel 20 Mark, für Wirtschaftbirnen 15 Mark und für Pflanzennestungen (Zweitschen) 25 Mark.

— Durch Explosion einer mit Spiritus gefüllten Kanne oder Flasche, die zum Nachgießen des Spiritus auf den Kocher verwendet wurde, stand bald lichterloh in Flammen Frau Mgr. auf der Dresdner Straße und verbrannte sich ganz erheblich. Auch der Ehemann trug beim Löschen Brandwunden an den Händen davon. Die erste Hilfe leistete Herr Sanitätsrat Kaufmann Georg Adam. Der Arzt stellte eine Verbrennung zweiten Grades fest.

— Sanftmuthsurschüsse für Gemeinden. Die Ausführungen des Finanzministers in der Sitzung der Volkskammer vom 3. März 1919 über erhöhte staatliche Zuschüsse beim Kleinwohnungsbau sind in der Öffentlichkeit zum Teil dahin verstanden worden, daß allen Gemeinden ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Leistungsfähigkeit drei Achtel des verlorenen Mehraufwandes aus der Staatskasse gewährt werden sollen. Diese Auffassung ist unrichtig. Die Übernahme von drei Achteln, also von einem Achtel über die seither gewährten zwei Achtel hinaus, kann grundsätzlich nur den in erhöhtem Maße bedürftigen Gemeinden zugestanden werden. Als solche steht das Finanzministerium, abgesehen von den sonstigen Umständen, die dabei zu berücksichtigen sind, in der Regel die an, deren Gemeindefinanzen mehr als 300 % des Staatseinkommens betragen. Nur in außerordentlichen Fällen, wo ganz besonders bedürftigen Gemeinden ein unverhältnismäßig hoher Aufwand für Kleinwohnungsbau entstehen würde, wird in Erwägung gezogen werden können, auch über die drei Achtel hinaus noch einen staatlichen Zuschuß zu gewähren.

— Der Sächsische Mühlenverband trat am Freitag in Dresden zu seiner 51. Hauptversammlung zusammen, die aus ganz Sachsen zahlreich besucht war. Den Vorsitz führte Herr Otto am Ende. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß der Verbandsvorstand auch im vergangenen Jahre eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet hat. Der Verband umfaßt jetzt 22 Mülhlervereinigungen mit 1042 Mitgliedern sowie 361 Einzelmitglieder. Der Jahres- und Rassenbericht wurde genehmigt und der Gesamtvorstand entlastet. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Herr Syndikus Martin Schneider-Weitz über Vorschläge zur Neuorganisation der Mülhler in der Zukunft. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschloß, die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern für Sachsen in die Wege zu leiten, vorausgesetzt, daß auch der Reichsausschuß der deutschen Mülhler in gleicher Weise vorgeht.

— Wohltätigkeitslotterie der sächsischen Presse. In Sachsen werden zurzeit die Lose einer Lotterie vertrieben, deren Ertrag dazu dienen soll, die Erbauung eines Presseheims für den Landesverband Sächsischer Presse in Oybin bei Jittau zu ermöglichen. Die Lotterie, die die Regierung genehmigt hat, möchte das Wohlwollen aller Kreise finden; denn nur wenn auch alle Lose abgesetzt werden, ist auf einen Erfolg des Unternehmens zu rechnen.

— Die Zeichnung auf 4%ige Sächsische Kommunalanleihe der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden wird am 28. Juli geschlossen. Wie wir hören hat das Papier bisher, ebenso wie bei seiner ersten Auslegung im März d. J., abermals einen sehr regen Zuspruch gefunden.

— Röchlig. Eine stürmische Protestversammlung der Landwirte hatte in unserer Stadt weit über 2000 Guts- und Wirtschaftsbefitzer vereinigt. Der Protest richtete sich insbesondere gegen die Zwangswirtschaft und die behördlich geforderten Milchberichte. Gegen deren Nichtabgabe war von der Amtshauptmannschaft mit Strafen gedroht worden. Es wurde vom Verbandsvorsitzenden überzeugend und unter lebhaftester Zustimmung der Versammelten dargelegt, daß die Landwirte mit dem, was ihnen staatlicherseits zugesprochen wird, unmöglich auskommen und ihr Personal nicht arbeitsfähig und arbeitsfreudig erhalten können. Mit Entrüstung wies die Versammlung den ihr von der Amtshauptmannschaft gemachten Vorwurf zurück, daß seit Einstellung der Milchberichte die Butterabgabe gesunken wäre. Dies sei geradezu eine Aufwiegelung der Stadt gegen das Land. Herr Amtshauptmann Freiherr von und zu Mannsbach, der zur Teilnahme an der Versammlung verpflichtet worden war, verwahrte sich entschieden gegen einen solchen Vorwurf. Zur Sprache kam weiter der Widerstand, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte nur um 30, die Löhne aber um 300 Prozent steigen sollen.

Der Prozeß gegen die Mörder des Kriegsministers Neuring

hat gestern vor dem Dresdner Schwurgericht seinen Anfang genommen. Die Anklageschrift schildert ausführlich die Ereignisse am 12. April, in deren Verlauf die Mordtat geschah. Bei der großen Anzahl der beteiligten Personen, bei dem Mangel an unparteiischen Zeugen und bei der großen Erregung und dem Tumult, unter dem sich alles abspielte, ist es natürlich nicht möglich gewesen, alle Schuldigen zu ermitteln. Besonders haben sich, wie gewöhnlich, die geistigen Führer im Hintergrunde gehalten und sich rechtzeitig, ohne daß ihre Feststellung möglich war, in Sicherheit gebracht. Einige sind erkannt worden und werden flehentlich verfolgt, so daß die jetzige Anklage noch nicht den Anspruch erheben kann, eine restlose Klärung und Sühne der Tat herbeiführen zu können. Immerhin ist es möglich gewesen, eine große Anzahl von schuldigen Personen einwandfrei festzustellen. Die Teilanfrage richtet sich nur gegen diejenigen Personen, bei denen eine Ueberführung für ihre Beteiligung an den Missethaten und an der Tötung des Neuring sicher erscheint, und zwar gegen 1. den 1886 geb. Kaufmann Gustav Hans Günther Frige, 2. den 1897 in Dresden geb. Maschinenschlosser und Humoristen Heinrich Karl Krebs, 3. den 1885 in Dessau geb. Schlosser Otto Allner, 4. den 1895 in Nieder-Gröfzsch geb. Schlosser Gustav Bruno Ernst Cham, 5. den 1890 in Spremberg geb. Hochbautechniker Willi Otto Schreiber, 6. den 1881 in Dresden geb. Bierverleger Otto Rudolf Merkel, 7. den 1895 in Chemnitz geb. Seemann Rudolf Georg Barth, 8. den 1892 in Meissen geb. Bäcker Friedrich Max Becker, 9. den 1895 in Dresden geb. Bäcker Georg Mar Gottlob, 10. den 1885 in Dresden geb. Tischler Friedrich Wilhelm Heynemann, 11. den 1890 in Dresden geb. Dekorationsmaler Max Emil Dießsch. Zu 1—2 wegen Vergehens nach § 227, 125 ufw. StGB., zu 3—11 wegen Verbrechen nach § 211, 125 ufw. StGB. Frige ist mit intellektueller Urheber und Veranstalter gewesen. Krebs hat auf Neuring mit eingeschlagen. Allner hat ihn auf der Brücke angefaßt, mit der Faust geschlagen und ihn wahrscheinlich mit dem Gewehrkolben in die Elbe gestoßen. Cham hat fortwährend gehetzt: In die Elbe! In die Elbe! Er soll so erregt gewesen sein, daß ihm fast der Geißel vor dem Munde geklaffen hat. Schreiber hat den Minister geschlagen und auf ihn geschossen. Merkel und Barth haben gleichfalls auf Neuring eingeschlagen und ihn übers Gelände mit in die Elbe geworfen. Becker hat den Minister mißhandelt und ist auch an der Ermordung beteiligt gewesen. Heynemann ist ebenfalls der Missethaterschaft schuldig. Gottlob hat den Minister am Sprechen verhindert, ihn mit auf die Brücke geschleppt, mit dem Kolben auf ihn eingeschlagen und auf Neuring geschossen. Er hat die letzten Schüsse abgegeben, nach denen Neuring unterging. Ganz ähnlich hat sich Dießsch verhalten. Die Tat und ihre Durchführung war nicht nur überlegt, sondern geradezu raffiniert ausgedacht und durchgeführt. Es handelt sich somit um einen Mord im Sinne von § 211 des StGB. Die der Anklage beziehungsweise Missethaterschaft dringend verdächtigen Brüder Lewinsohn haben nach der Tat Dresden heimlich verlassen und halten sich seitdem verborgen.

— Schon lange vor Beginn der heutigen Verhandlung herrschte ein großer Andrang zu den Tribünen. Der Zutritt erfolgte nur gegen besondere Karten. Viele Personen mußten schließlich wieder das Gerichtsgebäude verlassen, das stark durch Polizeibeamte und Militär gesichert war. Um 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Kraner die Verhandlung, der zwei Vertreter der Ministerien beiwohnen. Nachdem die Angeklagten auf der Anklagebank Platz genommen, wurden zunächst die Namen der Verteidiger, darunter Liebknecht-Berlin, bekanntgegeben und alsdann die Geschworenen ausgelost, von denen drei abgelehnt wurden. Hierauf erfolgte der Namensaufruf der mehr als 100 Zeugen, von denen eine Anzahl nicht erschienen sind. Nach dieser Feststellung wurden die Zeugen in verschiedene Gruppen eingeteilt und teilweise bis Donnerstag entlassen. Nach Bekanntgabe der gerichtlichen Sachverständigen erfolgte die persönliche Vernehmung der Angeklagten. Nach dieser zeitraubenden Feststellung erfolgte die Verlesung der umfangreichen Anklageschriften. Die Verhandlung nahm dann mit der Vernehmung des Angeklagten Allner ihren Fortgang. Infolge des umfangreichen Prozesses herrscht in dem Landgerichtsgebäude ein ganz außergewöhnlicher, starker Verkehr.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Giermer, für den Inseraten: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Anlässlich unserer Hochzeit sind uns
so viele Geschenke und Gratulationen
zuteil geworden, wofür wir allen

herzlichst danken.

Otto Pehschke und Frau
Martha geb. Leuterich.

Kasino Kesselsdorf

Sonnabend den 26. Juli

Großer Sommerball.

Anfang 8 Uhr.

Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Wilsdruff und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mit heutigem Tage eine

Nähmaschinen-Handlung

in Vertretung der ältesten Firma Deutschlands
Dresdner Straße 67 eröffnet habe.

Reparaturen werden sachgemäß,
schnellstens und billig ausgeführt. Eine fast
20jährige Praxis ermöglicht mir, alle Wünsche
meiner geehrten Kundschaft zu erfüllen. Auch
nehme ich gebrauchte Nähmaschinen mit in
Zahlung.

Mit der Bitte, mein junges Unternehmen
gütigst unterstützen zu wollen, zeichnet

Hochachtungsvoll **Alfred Dürre.**

Zur Anmeldung von

Nährmittelkarten, Lebensmittel- karten und Einfuhrzusatzkarten

auch von auswärts, empfiehlt sich

Alfred Pieksch.

Edelweiß-Einkochgläser

beste Qualität, reines Glas, in allen Größen
sehr zu empfehlen für Wiederverkäufer

Porzellan- u. Glasgeschirr

Gleichzeitig empfehle

Opal, Voile und Batist

Blusenstoffe in guten Farben

Strümpfe und Wolle

Hugo Ritter, Bad Hartha.

Bestellungen nimmt an **Heinrich Ritter, Grumbach.**

3/4 weiß Spiegelglas

stets große Lagerbestände

Johannes Wehlich, Dresden

Johannesstraße 5

Fernsprecher 20674 u. 16299

Anfragen rechtzeitig erbeten.

Grumbach. Lebensmittelverteilung.

Mittwoch den 28. Juli Verteilung von noch vor-
handenen Restbeständen, und zwar **Brotaufstrich-
mittel**, 225 Gramm auf den Kopf gegen grüne
Bezugskarte, **Nährmittel**, 125 Gramm auf den
Kopf gegen Nährmittelskarte, **Auslandsschmelz-
fleisch** bei Bohr 100 Gramm auf den Kopf zum
Einfuhrpreis von 5 Mk.

Die Anmeldung der neuen Bezugskarten hat bis heute
abend bei den Händlern bzw. Fleischern zu erfolgen.
Spätere Anmeldungen können für dieses Mal nicht be-
rücksichtigt werden.

Grumbach, am 22. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Die Verlobung ihrer Tochter
Milde mit Herrn Otto Barth
beehren sich anzuzeigen

Theodor Porsch und Frau
Berta geb. Mehner

Wilsdruff 22. Juli 1919 Chemnitz

Seine Verlobung mit Fräulein
Milde Porsch beehrt sich
anzuzeigen

Otto Barth

Die diesjähr. Obstnutzungen

an den Staatsstraßen in den Amtsstraßenmeistereien Meißen-Ost,
Großenhain, Radeburg, Wilsdruff, Rössen, Riesa und Meißen-West
sollen im Wege des schriftlichen Angebots unter den allgemeinen bei
dem unterzeichneten Straßen- und Wasser-Bauamt ausliegenden Be-
dingungen für den Verkauf der Obstnutzungen auf den Staatsstraßen
verkauft werden. Bei Pachterträgen für die Einzelschnecke von 2000 M.
und darüber sind die Ersteller verpflichtet, auf Verlangen der Landes-
stelle für Gemüse und Obst die geernteten Früchte an eine von ihr zu
bestimmende Empfangsstelle zu liefern. Die Auswahl unter den
Bietern und die Ablehnung aller Gebote bleibt vorbehalten. Die
Angebote sind spätestens bis 30. Juli vorm. 11 Uhr bei dem unter-
zeichneten Bauamt einzureichen. Gebote, auf die bis zum 6. August
kein zureichender Bescheid erteilt worden ist, sind als abgelehnt zu
betrachten. Die Ueberfichten zu Angeboten der in jeder Amtsstraßen-
meisterei zum Verkauf kommenden Nutzungen, mit Angabe der
Ausdehnung und Lage der Strecke, und die ungefähre Zahl der auf
jeder Strecke vorhandenen tragbaren Bäume sind bei dem unter-
zeichneten Bauamt zu entnehmen oder von diesem zu beziehen. Aus-
künfte hierüber können auch bei den betreffenden Amtsstraßenmeistern
und bei den Abteilungsleitern eingeholt werden.

Meißen, am 22. Juli 1919.

Straßen- und Wasser-Bauamt.

Färberei und chem. Wäscherei

Annahmestelle für Wilsdruff und Umgegend bei Herrn
Kaufmann Emil Glathe, Freiburger Str. 3

Reinigen von Herren-
und Damen-
Garderobe

Gebr. Lehmann

Färben und Reinigen
aller in das Fach ein-
schlagenden Arbeiten

Fachgem. Ausführung
Schnelle Lieferung
Bill. Berechnung

Entlassungssachen der heim-
kehrenden Krieger färben in jed. beliebigen Farbe
Trauersachen schnellstens!

Allgemeiner Turnverein Wilsdruff.

(Mitgl. des Arb.-Turnerb.)
Mittwoch den 23. Juli
pünktlich 1/8 Uhr.

Halbjahres-Haupt-
Versammlung
im Schützenhaus.

Die Turnstunde beginnt
am Mittwoch ausnahmsweise
Punkt 7 Uhr.

Der Turnrat.

Jute

zu Stroh-
und Kartoffelsäcken

Emil Glathe.

Suche zum sofortigen An-
tritt ein freundliches, ehrliches

Mädchen

zum Gästebedienen und für
Hausarbeit.

Gasthaus Landberg
bei Herzogswalde.

Drucksachen

für Handel und Gewerbe
Behörden und Vereine

für Geschäfts- und Privatverkehr

liefert in einfacher wie moderner
Ausführung schnell und preiswert

Arthur Zschunke

Buchdruckerei — Wilsdruffer Tageblatt

Suche für sofort oder
später ein fleißiges, ordent-
liches

Mädchen,

welches Stuben- und Haus-
arbeit mit übernehmen muß.
Meldung sofort an

Frau Mendte,
Rittergut Hirschfeld,
Post Deutschendorf.

Korsetts nach Maß
bei zugegebenen Stoffen
fertiggestellt an

Frau Olga Franke,
4195 Wilsdruff, Markt 10.

Arbeiterfamilie

nimmt auf

Blau Leinen

zu Männerhosen und
Maschinenanzügen

Manchester

zu Kinderanzügen
preiswert bei

Emil Glathe.

Fa. Gust. Adam

empfiehlt sich zur

Beförderung der neuen

Nährmittel-,

Lebensmittel- und

Einfuhr-Zusatzkarten.

Junge

Melkziege

zu verkaufen

Markt Nr. 14.

5 junge

Enten

entlaufen. Gegen Belohnung
abzugeben

Grumbach Nr. 48.

Tischler und Stellmacher

für Möbelbau stellen ein

Schöb & Franke,
Wurgwitz b. Pöschappel.

Suche baldigst einen
tüchtigen

Schmiede- gesellen.

Otto Schmidtgen,
Rössen, Freiburger Straße.

Ein

Wirtschafter

in allen Arbeiten bewandert,
sucht für sofort angenehme
Stellung.

Gest. Ang. a. d. Geschäfts-
stelle d. Bl. u. 4891 erb.

Suche zuverlässiges

Haarwäschen.

Frau S. R. Dr. Dörfler.

Brief

liche Be-
stellungen
auf Druck-
sachen all-

Art werden gewissenhaft
und rasch bei sauberer
Ausführung erledigt von

der Buchdruckerei von
Arthur Zschunke
in Wilsdruff, Zellaerstr. 29.